

# Auftakt zum politischen Herbst

**Landtag** Am Mittwoch treten die 25 Abgeordneten nach der Sommerpause erstmals wieder zu Beratungen zusammen. Die ganz grossen Brocken stehen im September-Landtag noch nicht an, dennoch ist für reichlich Diskussionsstoff gesorgt.

VON HOLGER FRANKE

Rein meteorologisch ist zwar noch Sommer, aber mit Beginn des September-Landtags, fällt zumindest der Startschuss für den politischen Herbst, der es in sich hat. «Ja, in diesem Herbst geht es zur Sache. Die grossen Reformpakete werden im Landtag behandelt und richtungsweisende Entscheide werden nötig sein», hatte Regierungsrat Mauro Pedrazzini am Staatsfeiertag gegenüber dem «Volksblatt» gesagt. Er und auch die anderen Regierungsmitglieder äusserten die Hoffnung, dass die Zusammenarbeit mit dem Landtag weiterhin konstruktiv sein

werde. Ganz ohne Nebengeräusche dürfte der politische Herbst aber wohl kaum über die Bühne gehen - wie «heiss» der Herbst wird, bleibt abzuwarten.

## Noch keine ganz grossen Brocken

Die ganz grossen Reformpakete, wie die KVG- oder die AHV-Reform, stehen ab Mittwoch zwar noch nicht auf der 33. Traktanden umfassenden Liste, aber bereits die Diskussion um Eurolöhne dürfte in der aktuellen Stunde aufschlussreichen Gesprächsstoff bieten. Im Anschluss geht es um die Subventionen und Transferleistungen an Private. Im Auftrag der FBP-Fraktion hatte Ge-

sellschaftsminister Mauro Pedrazzini hier bereits vor der Sommerpause eindrücklich klaren Handlungsbedarf aufgezeigt (das «Volksblatt» berichtete am 8. Juli ausführlich) und eine auf Fakten und Daten basierte Diskussion ermöglicht.

## AIA in erster Lesung

Eine neue Diskussion dürfte es zur Einführung des Stimm- und aktiven Wahlrechts für Liechtensteiner im Ausland geben. Verschiedene Abgeordnete der VU und der Freien Liste wollen dies mit einer Motion erreichen. Die Chancen, dass diese an die Regierung überwiesen wird, stehen dabei nicht schlecht. Zumin-

dest sehr knapp dürfte diese Entscheidung ausfallen. Für Diskussionen dürfte auch die Motion der Freien Liste zur Abschaffung des Grundmandatserfordernisses bei Gemeinderatswahlen sorgen - auch vor dem Hintergrund, dass die Regierung nun zwei Vorstösse zu diesem Thema zu bearbeiten hätte. Bereits im Juni wurde eine entsprechende Motion der FBP überwiesen. Zu den Vorlagen mit der grössten Wirkung zählt am Donnerstag oder Freitag die erste Lesung des Gesetzes über den Automatischen Informationsaustausch (AIA) - grössere Differenzen werden hier aber kaum erwartet.